

Tagebucheintrag von Kurt Biedenkopf über die Einigung der Ministerpräsidenten in Potsdam am 27. Februar 1993

(Quelle: Kurt Biedenkopf: Ringen um die innere Einheit. Aus meinem Tagebuch August 1992 bis September 1994. München 2015, S. 148–150)

Unsere Ministerpräsidentenkonferenz-Klausur liegt hinter uns. Sie war ein voller Erfolg. Es ist gelungen, alle 16 Regierungschefs der Länder unter einen Hut zu bringen. Abgesehen von einem Dissens über die Zweckmäßigkeit einer Arbeitsmarktabgabe haben wir nur einstimmige Beschlüsse gefasst. Trotz erheblicher Bedenken einiger CDU-geführter Länder, vor allem Mecklenburg, Thüringen und Baden- Württemberg, fanden wir auch zu einer gemeinsamen Formulierung in der Steuerfrage. Wir sind der Ansicht, dass die Steuern bereits vor 1995 erhöht werden müssen, um die Kosten der Einheit zu finanzieren, die in den Jahren 1993 und 1994 entstehen werden. Die Länder wollen uns dafür zusätzliche Finanzmittel zukommen lassen, sowohl für unsere Haushalte wie für weitere Investitionen. Wesentlicher jedoch sind die Verschiebungen, die durch die Klausur und den Zusammenhalt der Länder in der bundesstaatlichen Ordnung ausgelöst werden. Die Länder haben sich, jedenfalls mit dieser Tagung, als gleichberechtigte Träger auch der gesamtstaatlichen Interessen verstanden, auf gleicher Stufe mit der Bundesregierung. Wir haben an historischer Stelle getagt. 48 Jahre nachdem die Siegermächte über Deutschland sich in Potsdam trafen, um Europa und einen Teil der Welt unter sich aufzuteilen, und wenige Jahre nachdem ihre Ordnung unter der Last der Unfreiheit zusammengebrochen ist, treffen wir uns in demselben Raum, um die Trümmer der alten Ordnung zu beseitigen und am geeinten Deutschland zu bauen. Die Atmosphäre des Hauses trug wesentlich zur Bereitschaft der Ministerpräsidenten bei, sich in den Beratungen um Gemeinsamkeit zu bemühen. Mittags beauftragten wir die Finanzminister mit einer Reihe von Untersuchungen zum Finanzbedarf der neuen Länder und zu den Einsparungsmöglichkeiten, die sich aus dem FKP und den SPD-Vorschlägen ergeben könnten. Viel kam dabei am Ende nicht heraus.

Mayer-Vorfelder erwies sich als ein besonderes Hindernis, an dem sich auch Georg Milbradt die Zähne ausbiss. Nachmittags ging es dann bereits um Fragen der Finanzierung, zunächst unter dem Gesichtspunkt des Bedarfs. Ich begründete gegen Ende der Kaminrunde am ersten Tag den Bedarf der ostdeutschen Länder und warum ich Steuererhöhungen für weniger gefährlich hielte als eine weitere Kreditaufnahme oder eine fortdauernde Ungewissheit darüber, was nun eigentlich geschehen werde und womit man zu rechnen habe. Zum Staatsanteil stellte ich fest, wenn man die Teilung durch Teilen überwinden wolle, müsse mit den Mitteln für die notwendigen Infrastruktur-Investitionen auch der Staatsanteil zunehmen. Diese Zunahme sei jedoch anders zu bewerten als die Zunahme des Staatsanteils in einer entwickelten Volkswirtschaft, wie die der alten Bundesrepublik vor der Wende. Das werde bei den kritischen Anmerkungen

zum wachsenden Staatsanteil zu wenig gesehen. Engholm zeigte sich später sehr dankbar für diese Begründung der Zulässigkeit einer Steuererhöhung. In der anschließenden einzigen weiteren Plenarsitzung prallten wieder die Meinungen der Finanzminister aufeinander, so dass ich die Diskussion nach wenigen Wortmeldungen beendete. Wir waren in der Kaminrunde schon weiter gewesen.

Am heutigen Morgen ging es dann zur Sache. Bis zum Mittagessen hatten wir die Fragen der Finanzierung so weit eingekreist, dass wir die Redaktionsgruppe beauftragen konnten. Als wir uns in diesem Kreis auf die Formulierung des Ergebnisprotokolls geeinigt hatten, war der Erfolg der Tagung so gut wie sicher. Zwar wollte Schröder dann den Kompromiss nicht annehmen. Aber Voscherau und Lafontaine halfen ihm über die Hürde. Andere zogen ihre Bedenken zurück. Streibl wollte plötzlich alles nicht mittragen, fiel aber nach dieser Kraftanstrengung wieder in sich zusammen und freute sich später mit Engholm über den gemeinsamen Vorschlag, den sie vor zwei Jahren zum nationalen Hörfunk geschmiedet hatten.

Um 16.00 Uhr war der Beschluss einstimmig verabschiedet. Rau half uns mit wertvollen redaktionellen Hinweisen, die Eichel und ich umsetzten. Ich überwachte selbst die Übertragung in den Text und las Korrektur. Als ich wieder in den Konferenzraum kam – nachdem ich mich über das PC-Programm im Sekretariat hatte ärgern müssen –, war die Konferenz bereits in Auflösung begriffen.

Einige gaben Interviews, rundweg positiv. So schlossen wir die Sitzung gegen fünf, um anschließend einer großen Zahl von Journalisten zu berichten. Für die weitere Beratung des Solidarpaktes ist es hilfreich, dass sich alle Ministerpräsidenten, auch in der Öffentlichkeit, gegen die Vorschläge des Bundes und für die eigene Position ausgesprochen haben. Nun wird es darauf ankommen, sie auch in der Runde mit Kohl zusammenzuhalten.